Nr. 51 / B 25 Abend-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Donnerstag, 30. Januar 1930 V

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur im Ausl. d. Handelsteils: Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 1 A 7: 3600—3665, für den Verkehr: Amt Dönhoff 3685—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Deutsche Volkspartei lehnt ab

In der innerdeutschen Politik bereiten sich gegenwärtig, teils auf offener Bühne, teils hinter den Kulissen, Umgruppierungen vor, die sorgsamste Beachtung verdienen. **In Preußen stützt die Bildung der Großen Koalition auf wachsende Schwierigkeiten und im Reiche droht sie sich aufzulösen,** — nicht weil die Gegner sie von außen her zertrümmern könnten, sondern weil fast wie eine Epidemie eine Regierungsmüdigkeit um sich greift, und nicht nur die Bayrische Volkspartei, sondern, ungleich schwerer wiegt, die Sozialdemokratie von ihr erfaßt ist. In dürren Worten gesagt: die Sozialdemokratie trifft alle Anstalten, nach der Verabschiedung der Young-Gesetze sich aus der Regierung zurückzuziehen und die nach ihrer Auffassung wohlverdiente Ruhestellung in der Opposition zu beziehen.

Nur aus der Kenntnis dieser Tatsache heraus ist es zu verstehen, daß das Zentrum durch seinen Vorsitzenden dem Reichskanzler mitteilen ließ, es müsse vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage erfolgen; das habe zur Voraussetzung die Verabschiedung der zur dauernden Gesundung der Kassenlage notwendigen Gesetze und stärkere Bindung der Regierungsparteien in Bezug auf die Durchführung der Finanz- und Steuerreform. Das Zentrum wünscht ferner ausreichende Darlegungen der Reichsregierung über Stand und Fortgang der Saarverhandlungen und über das Liquidations-Abkommen mit Polen.

Zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz ist auf einer Zentrumstagung vom Prälaten Kaas die programmatische Forderung verkündet worden, daß im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Young-Plans Klarheit über die Finanzreform und das Saar-Abkommen geschaffen werden müsse. Die Intervention beim Kanzler könnte als eine formale Ausführung jener programmatischen Forderung angesehen werden. Aber das Zentrum ist viel zu klug und viel zu realpolitisch, um nicht zu begreifen, daß die Verquickung der Young-Gesetze mit Finanzreform und Saar-Abkommen höchst bedenklich wäre. In Wirklichkeit verlangt es ja auch nur eine Darlegung über den Stand der Saar-Verhandlungen und eine Klärung der Finanzlage. **Der Akzent liegt auf der „stärkeren Bindung der Regierungsparteien in bezug auf die Durchführung der Finanz- und Steuerreform". Nicht gegen das Reichskabinett und gegen die Koalition richtet sich der Vorstoß des Zentrums. Im Gegenteil: das Zentrum will die Sozialdemokraten bei der Stange halten, es will sich schon Garantien dafür gewinnen, daß die Sozialdemokraten nicht nach der Annahme der Young-Gesetze der Regierung Adieu sagen.**

Die gleichen Anstrengungen macht das Zentrum auch bei der Bayrischen Volkspartei. Ueber die Berliner Verhandlungen führender Männer des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei ist hier vor einigen Tagen berichtet worden. Die sind abgeschlossen. Aber im Bayrischen Landtag ist heute ist heute unserem Münchener Berichterstatter der Anmarsch der Bayrischen Volkspartei „aus dem Reich" aufgefallen. Es ist eine gemeinsame Aussprache der Landtagsfraktion und der Minister der Bayrischen Volkspartei mit der Reichstagsfraktion und sogar mit der gesamten Landesvorstandschaft anberaumt. Solch Aufwand wird nur aufgeboten, wenn es sich um Entscheidungen grundsätzlicher Art handelt. Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß die Bayrische Volkspartei sich über ihren künftigen Weg schlüssig werden will. In Bayern selbst liebäugelt sie mit der Sozialdemokratie und einer politischen Bettgenossenschaft in Form einer Landtags-Koalition. Im Reiche wehrt sie sich gegen die Biersteuer und gegen den Finanzausgleich, wie ihn die übrigen Koalitionsparteien gern haben möchten. Aus diesen sich durchkreuzenden Interessen will die Bayrische Volkspartei eine neue Orientierung gewinnen. In Berlin hört man heute sehr aufmerksam nach München hinüber.

In Preußen ist man im Augenblick wieder einmal auf einen von den vielen toten Punkten, die bei Koalitionsverhandlungen nicht fehlen dürfen. Die Deutsche Volkspartei hat dem Ministerpräsidenten erklären lassen, daß sie mit dem Angebot des Handelsministeriums und eines Ministeriums ohne Portefeuille nicht zufrieden sei. Sie will entweder das Justiz- oder Kultusministerium, in denen mehr Raum für entsprechende Personalpolitik ist. Ministerpräsident Dr. Braun hat ihnen erwidert, daß eine Aenderung der Verhandlungsbasis nur zu Komplikationen führen werde und um eine Entscheidung der Landtagsfraktion gebeten, die sie auf der Basis seines Vorschlages grundsätzlich die Große Koalition wolle oder nicht. Die **Fraktion hat diese Entscheidung alsbald getroffen. Sie lehnt das ursprüngliche Angebot als ungenügend ab.**

Die Bemühungen des Ministerpräsidenten sind nach der Entscheidung der volksparteilichen Fraktion als beendet anzusehen. Das geht auch aus einer Mitteilung des „Amtlichen Preußischen Pressedienstes" hervor. Die Parteien setzen die Aussprache noch fort.

*

Das Reichskabinett hat heute beraten. Die Aktion des Zentrums kam zur Sprache. Ende der Woche soll sie in einer besonderen Konferenz der Parteiführer weiter besprochen werden.

Frankreich setzt sich durch

Rüstungsbeschränkung nicht nach Kategorien

London, 30. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Die heutige Plenarsitzung der Konferenz, zu der die Presse zugezogen war, wurde von MacDonald mit der Feststellung eröffnet, daß es vorläufig ausgeschlossen sei, die Konferenzverhandlungen in breitester Oeffentlichkeit zu führen. Nur Einzelbesprechungen der Delegationen oder Gruppen von Delegationen sowie Zusammenkünfte der Chefs der Delegationen würden Aussicht bieten, die Konferenzziele zu fördern. Die heutige Plenarsitzung sei einberufen worden, um einen Ausschuß einzusetzen, der an die Konferenz berichten soll über die Anwendungsmöglichkeiten des ursprünglichen französischen Systems der globalen Tonnage, des französischen Vorschlages der übertragbaren Tonnage und des englischen Vorschlages der Rüstungsbeschränkung nach Kategorien.

Grandi erklärte nunmehr, daß Italien immer noch an der Ansicht festhalte, daß es nicht darauf ankomme, die Abrüstungsmethode zu studieren, sondern die **beiden prinzipiellen Fragen zu lösen, in welchem Verhältnis zueinander die Flottenstärken festzusetzen seien und im Rahmen dieser Quoten, bis zu welcher Mindesttonnage man abzurüsten bereit sei.** Wir haben es mit einer politischen Konferenz zu tun, erklärte Grandi, die das Kräfteverhältnis der Mächte zu messen hat, und die nicht in erster Linie technische Probleme lösen muß, sondern darauf angewiesen ist, die politischen Kriterien und Garantien für eine wirklich wirksame Abrüstung zu finden. **Unter diesen Umständen, wenn nämlich die Mehrzahl der Delegationen zuerst die Abrüstungsmethoden zu prüfen wünscht, ist Italien bereit, an den Arbeiten der einzusetzenden Methodenkommission teilzunehmen. Die italienische Regierung kann sich aber in den Beratungen dieser Kommission nicht festlegen, sondern muß alle Beschlüsse mit dem Vorbehalt versehen, daß zuerst die beiden politischen Prinzipien entschieden werden müssen, bevor für Italien technische Beschlüsse verbindlich sein können.**

Darauf beantragte Stimson die Einsetzung einer Kommission, die an die Konferenz über die Möglichkeit, die drei Methoden der Abrüstungsbeschränkung anzuwenden berichten soll. Dann gab der amerikanische Delegierte Gibson auf Grund seiner „eigenen Erfahrungen in Genf" eine historische Uebersicht über die grundlegenden Unterschiede in der englischen und französischen Auffassung der Rüstungsbeschränkung. Er betonte, daß die Vereinigten Staaten mit England und Japan bisher der Ansicht gewesen seien, daß Beschränkung nach Kategorien das ehrlichste Verfahren sei, das jedem das stärkste Gefühl der Sicherheit verleihe, während die Abrüstung nach der Gesamttonnage doch noch gegenseitigen Bedrohungen durch starke Entwicklung bestimmter Schiffstypen Tür und Tor öffne. **Amerika sei jedoch bereit, obwohl es immer noch die Beschränkung nach Kategorien für die beste Lösung halte, auf dem Boden des französischen Vermittlungsvorschlages der Tonnageüberweisung zu treten und die Auswirkung dieses Vorschlages in der Kommission zu prüfen.** Amerika sehe ein, daß Kategorienbeschränkung für große Flotten und Beschränkung nach der globalen Tonnage für kleine Flotten das geeignetere Mittel sei.

Tardieu sprach in wenigen Worten seine Genugtuung darüber aus, daß nunmehr der heute eingesetzte Ausschuß zuerst den französischen Vorschlag der Tonnageüberweisung als Abänderung des englisch-amerikanischen Kategoriensystems prüfen werde.

Nach Tardieu sprach der englische Marineminister Alexander, der erklärte, daß England mit Amerika darin übereinstimme, daß es eine streng durchgeführte Rüstungsbeschränkung in sechs Kategorien: Schlachtschiffe, Flugzeugmutterschiffe, große Kreuzer mit 20-Zentimeter-Geschützen, Kreuzer mit 15-Zentimeter-Geschützen, Torpedozerstörer und Unterseeboote, vorziehe. **Während der jetzt in London geführten Verhandlungen habe sich aber die englische Regierung davon überzeugt, daß ein Festhalten an dem Kategoriensystem nicht möglich sei, weil es den Bedürfnissen der kleineren Flotten nicht gerecht werde, man wolle daher von englischer Seite in die Beratungen des Methodenausschusses mit dem Zugeständnis eintreten, daß Tonnageüberweisung für Kreuzer, Torpedoboote, Torpedozerstörer und Unterseeboote zugelassen werden müsse.** Es komme darauf an, in der Kommission die notwendigen Kautelen zu schaffen, damit diese Ueberweisung der Tonnage nicht ein neues Element der Unsicherheit werde oder zu überraschenden Maßnahmen eines einzelnen Landes führen könnte.

Kommunisten für Rechtsdiktatur

Moskauer Pläne

Die Kommunistische Partei hat in den letzten Wochen in ihrem ganzen öffentlichen Auftreten den Eindruck bewußter und gewollter Provokation erweckt. Sie inszeniert überall Lärmszenen in den Parlamenten und Stadtverwaltungen, organisiert Zusammenstöße mit der Polizei, fordert in ihrer Presse zum gewaltsamen Umsturz auf. Was ist das Ziel?

Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts", gibt der Vermutung Ausdruck, daß hinter den kommunistischen Bürgerkriegsmanövern der Plan stehe, **das demokratische Regime in Deutschland auszuschalten, und zwar zugunsten einer Militärdiktatur, von der man erwartet, daß sie die gesamte Arbeiterschaft in die Opposition treiben, die Gewerkschaften, deren Zerstörung den Kommunisten nicht gelang, auflösen und die Sozialdemokratische Partei, die bisher ein unüberwindliches Bollwerk gegen den Bolschewismus war, beseitigen werde.**

Der erste Schritt zu diesem Ziele soll das absichtlich herbeigeführte Verbot der Kommunistischen Partei sein, dem dann blutige Unruhen folgen sollen, mit entsprechenden Gegenaktionen der Rechtsradikalen, und schließlich ein diktatorischer Dauerzustand, der auch die Sozialdemokratie in schärfste Opposition zwingen würde. Die weitere Entwicklung denken sich, so meint der „Vorwärts", die kommunistischen Drahtzieher folgendermaßen:

„Die Sozialdemokratie wird sich im Kampf gegen diese Rechtsdiktatur aufreiben. Streiks und Wirtschaftskämpfe werden von den Generalkommandos verboten, die Freien Gewerkschaften werden der Auflösung verfallen, eine Massenflucht wird einsetzen, und alles wird sich von Grund aus umgruppieren. Wenn dann die Arbeiterschaft in Verzweiflung darniederliegt, wird von neuem der Weckruf für die K. P. D. blühen, so hoffen sie. Und im Hintergrund steht **Moskau, das auf seine Stunde wartet.** Deutschland, das industrielle Herz Europas, liegt ihm am nächsten. Es braucht nicht erst durch die Dardanellen!"

Der „Vorwärts" bezeichnet diesen „tollen Plan" als die schärfste Belastungsprobe der Demokratie. Die Entscheidung über seine Aussicht liege einzig und allein bei der deutschen Arbeiterschaft, die alles tun werde, um diese Katastrophenpolitik zu vereiteln.

Krawalle in Hamburg

Hamburg, 30. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Heute mittag kam es am Holstenwall, Holstenplatz und in Kohlhöfen, wo bald in den letzten Tagen fast regelmäßig Zusammenstöße zwischen kommunistischen Demonstranten und Polizeibeamten stattgefunden hatten, zu schweren Krawallen. Aus dem großen Neubaublock des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes wurden Polizeibeamten von noch unbekannten Tätern mit Mauersteinen und Eisenstücken beworfen. Eine Polizeiaktion ist gegenwärtig im Gange. Die Polizei muß von ihren Schußwaffen Gebrauch machen.